

Pardon, wir sind besetzt! Weltwirtschaft, Immigration, Binnenwirtschaft und Soziales: eine Zusammenschau

1. Die Grundzusammenhänge	60
1.1. Regulierung: Auf die Spielregeln kommt es an	61
1.2. Die ungleichen Kapitalien: Arbeit ist am langsamsten und schwächsten	64
1.3. „Yeah, I’m the wanderer, (...) I roam around, around, around“?	65
1.4. Migration und Integration, Wirtschaft und Soziales	71
<hr/>	
2. Immigration, Arbeit und Soziales: Empirische Evidenz	77
2.1. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Kosten	78
2.2. Immigration, Beschäftigung und Sozialwesen	84
2.3. Fazit	87

Rainer Bartel

*Außerordentlicher
Universitätsprofes-
sor am Institut für
Volkswirtschaftslehre
der Johannes Kepler
Universität Linz*

Auszug aus WISO 2/2013



Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Die Grundzusammenhänge

Globalisierung und Integration

Globalisierung ist längst eines der gesellschaftlichen Hauptthemen geworden. Sie ist eine tendenziell weltweite Integration der Gesellschaften und Märkte. Das Wort Integration kommt aus dem Lateinischen und bedeutet wiederherstellen (eines Ganzen), einrenken (defekter Mechanismen), auffrischen (des Geistes durch Weitblick). Die Welt wird also zusehends ein großes, aber dennoch kommunikatives Dorf, mit einem einzigen Marktplatz. Der relevante Markt-begriff, den wir verwenden, ist immer mehr der Weltmarkt. Das gilt grundsätzlich – egal, ob nun das eine oder andere Land, das eine oder andere größere oder kleinere Unternehmen oder die eine oder andere Volkswirtschaft mehr oder weniger integriert ist. Eines ist Faktum: Die weltwirtschaftliche Integration ist dort, wo sie noch nicht schon geschehen ist, zumindest möglich, ja sogar zunehmend wahrscheinlich geworden. Integration bedeutet die Bildung von größeren Einheiten durch Verschmelzung. Doch bedeuten Zusammenschlüsse solcher Art an sich noch keine Bildung eines harmonischen Ganzen. Wie alles Wirtschaftliche und Soziale hat globale Integration an sich Vorteile und Nachteile, sonst bräuchte es keine Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu geben.

Globalisierung ist nichts Neues

Eine Welt der Freizügigkeit ganz im positiven Sinn des Worts und in der Art des Weltbürgers Stefan Zweig¹ vor dem Ersten Weltkrieg ist eine feine Sache, selbst wenn diese Welt von gestern auch nicht frei von Vorurteilen und Chauvinismen (übersteigerte Idealismen des Nationalstaates), Rivalitäten und Verächtlichkeiten war. Die Globalisierung ab dem späteren 20. Jahrhundert ist kein neues Phänomen. Einerseits müssen nämlich bloß die verkehrstechnischen Möglichkeiten vorhanden und hinreichend kostengünstig sein, andererseits ist der politische Wille zur Offenheit für den jeweils anderen Teil der Menschheit Voraussetzung. So war ein paar Jahrzehnte lang vor dem Ersten Weltkrieg die Globalität in etwa so weit entwickelt wie heute, jedenfalls wenn wir den Vergleich mit den zwischen damals und heute ungleichen Verkehrsmitteln und Telekommunikationsmöglichkeiten relativieren.

Außenhandel und Arbeitsteilung stellen uns besser

Außenhandel kennt die Menschheit, schon seit es Zivilisation (ein Kulturkreis mehrerer Gesellschaften) gibt. Es ist ein Zeichen menschlicher Intelligenz, seine oder ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Position durch Spezialisierung und Tausch zu

verbessern. Wo Bedarf, d.h. Wunsch und Kaufkraft sind, entsteht ein Markt. Der Vorteil des Wirtschaftens ist umso mehr, je größer der Markt den Möglichkeitsraum zum Besserstellen macht, und daher auch, je größer der Markt ist. Markt funktioniert in eben diesem Sinn ohne starre Zunftordnung und jenen staatlichen Dirigismus, dessen Ziel allein die luxuriöse Hofhaltung und unterdrückerische, imperialistische Machtausübung war oder ist. Diese Art von Befreiung (Liberalisierung) hatte Adam Smith vor Augen und demonstrierte, wie auch David Ricardo, die Vorteile der Arbeitsteilung und – als strikte Konsequenz dessen – des Außenhandels.²

Ressourcen sind Produktionsfaktoren wie Arbeit (Fähigkeiten, Fertigkeiten) und Naturkapital (i.w.S.) sowie das damit erzeugte Sachvermögen (Produktionsanlagen). Nun sind allerdings die Ressourcen weltweit sehr ungleich gestreut. Die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen sind durch Klima, Geografie und Bodenschätze in jenen Regionen bestimmt, in denen sich die Menschen in einzelnen Gesellschaften organisiert haben. Daher ist Spezialisierung in der Produktion so etwas wie eine Tugend in der Not, ein Sachzwang im Streben nach sozialer Wohlfahrt (Wohlergehen in der Gesellschaft). Daher gehört Handel, Binnen- wie Außenhandel, untrennbar zum effizienten Wirtschaften in einer arbeitsteiligen Zivilisation. Das Wesentliche am Außenhandel ist, dass er die natürlich gegebenen Unterschiede zwischen den regionalen, hauptsächlich nationalen Entwicklungs- und Wohlfahrtsvoraussetzungen tendenziell ausgleichen kann.³ Ansonsten wären große Volkswirtschaften wie die USA und die GUS systematisch wohlhabender als kleine wie Österreich oder Singapur. Außenhandel ist ein Mittel, das – wohlgemerkt: richtig eingesetzt⁴ – die soziale Wohlfahrt international an- oder gar ausgleichen kann.⁵ Kann!

Außenhandel ermöglicht Wohlstand gerade für die kleinen Volkswirtschaften

1.1. Regulierung: Auf die Spielregeln kommt es an

In jedem Stadion, dessen ovale Laufbahn in einzelne Laufbahnen, von der innersten bis zur äußersten, unterteilt ist und wo die Läufer_innen die ihnen individuell zugewiesene Laufbahn einhalten müssen, gibt es, je nach Laufbahn, unterschiedliche Startpositionen: Die Startlinie für eine innere Bahn liegt hinter der Startlinie für die jeweils äußere Bahn. Nur so haben alle Läufer_innen dieselben Distanzen zu laufen und insofern dieselben Voraussetzungen für den Sieg.

faire Startbedingungen wahren funktionsfähigen Wettbewerb

Analog zu diesem Beispiel aus dem Wettbewerbssport verhält es sich auf dem Wettbewerbsmarkt. Faire Startbedingungen sind Voraussetzungen für faire Wettbewerbsergebnisse. Wenn in einer (noch) schwach entwickelten Wirtschaft die meist schwach entwickelten Unternehmen als Konkurrenten auf den Weltmarkt treten und dort auf relativ stark entwickelte Unternehmen aus zumeist weiter entwickelten Volkswirtschaften treffen, muss der Kampf um Markterfolge nicht so ausgehen wie der Kampf von David und Goliath; das systematisch gegenteilige Ergebnis ist eher wahrscheinlich.

Schutz der Wirtschaft zum Aufbau internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Wettbewerbsfähigkeiten hängen auch von der Art und Weise der Globalisierung ab. Welche unter den Volkswirtschaften kann durch wirtschaftspolitische Schutzmaßnahmen für ihre Unternehmen vor weltwirtschaftlichem Konkurrenzdruck (also durch außenwirtschaftlichen Protektionismus) ihre Entwicklung optimieren und dadurch eine wirtschaftliche Stärke erlangen, die – ob groß wie Goliath oder klein wie David – das erfolgreiche wirtschaftliche Überleben im internationalen Wettbewerb möglich macht?

Kampf um den Markt statt Wettbewerb auf dem Markt

Es muss aber kein Erfolg auf dem Weltmarkt sein, den es stets zu erneuern gilt; es kann auch ein Sieg sein, der eine Nische des Weltmarkts auf längere Zeit hinaus besetzt und eine Position schafft, die auf absehbare Zeit kaum mehr durch Konkurrent_innen angreifbar („contestable“) ist. Aus der Perspektive eines Landes, das die nötige Entwicklung protektionistisch abgeschlossen hat und einen darauf fußenden Entwicklungsvorsprung und eine damit verbundene Vormachtstellung auf dem Weltmarkt erreicht hat („Erziehungszölle“ sind nicht mehr notwendig), liegt es aus rein nationalistischer Einzel-, nicht weltwirtschaftlicher Gesamtsicht, nahe, eine allgemeine Außenhandelsliberalisierung zwecks fortgesetzter Globalisierung zu fordern.

unbedingte Liberalisierung stärkt die Macht der Starken

„Das größte Defizit in der Diskussion über das Patentrezept Freihandel ist, dass historische Entwicklungen ausgeblendet werden. (...) Kein einziges der heute industrialisierten Länder hat diese Politik, die Entwicklungsländern von IWF und Weltbank sowie durch WTO-Abkommen verordnet wird, in seiner Industrialisierungsphase selbst befolgt. (...) Entwickelte Länder stoßen die Leiter (des Protektionismus) um, über die sie selbst geklettert sind.“

Sie sind erst zu Befürwortern des Freihandels geworden, als ihre Industrien am Weltmarkt wettbewerbsfähig waren, und sie sind es bis heute nur in jenen Sektoren, wo dies der Fall ist. Von der US-Stahlindustrie bis zur Landwirtschaft der EU gibt es überall dort keinen Freihandel, wo er den eigenen Interessen schaden würde. Faktisch geht es nicht um Freihandel, sondern um Macht.“⁶

Alle Volkswirtschaften sollten sich jetzt (nahezu) ausnahmslos der internationalen Konkurrenz (fast) aller Unternehmen gegen alle stellen; von den Unternehmungen und Volkswirtschaften möge jeweils die bessere gewinnen! Kämpft nun David mangels Steinschleuder mit dem Schwert gegen Goliath, so wird der Größere und Stärkere der beiden gewinnen.

Doch die Situation gestaltet sich weitgehend noch ungleicher. Nicht nur dass Handlungsfreiraum den Stärkeren erlaubt, ihre Macht auszuspielen und zu mehren; oft sind verdeckte Regulierungen der vorgeblich liberalisierten Märkte dazu angetan, die Position der Stärkeren noch zusätzlich zu stärken. „Einer der Hauptgründe für die wachsende Ungleichheit sind die Spielregeln, auf denen die derzeitige Globalisierung beruht. Entgegen dem Mythos, dass der Neoliberalismus der große Regel-Killer sei, gelten klare Spielregeln für die Weltwirtschaft. Nur sind sie den meisten nicht bekannt – aus gutem Grund: Denn diese Spielregeln sind so unausgewogen und so unfair, dass sie einer demokratischen Prüfung nicht standhalten würden.“⁷

*unfaire Regeln
verstärken das
Machtgefälle*

Bei der internationalen Migration (Wanderung) ist es ähnlich. Gern wird von den reichen Nationen Immigration verweigert, um, kurzfristig und kurzfristig, wie noch zu argumentieren sein wird, die eigene Vorrangstellung zu festigen. Doch damit beeinträchtigen diese Nationen die Weltwirtschaft („negative globale Externalität“). Diese Macht und die mit ihr untrennbare Ungleichheit in der sozialen Wohlfahrt der Nationen („Wealth of Nations“) bilden einen sich verstärkenden Regelkreis. Dieser kann nur durch egalisierende politische Gestaltung, konkret durch Regulierung zum Nachziehen der Schwachen und der durch Diskriminierung Geschwächten, aufgehoben werden.

*Verweigerung
von Immigration
kann sich rächen*

Aus diesem Blickwinkel gilt:

- Globalisierung soll nicht verhindert, sondern zweckmäßig für

*Regelung aus der
Gesamtsicht ...*

*... des Systems
gefragt*

die Weltwirtschaft und alle ihre Volkswirtschaften gestaltet werden („civilized economic policies“ im oben skizzierten Sinn von Zivilisation⁸).

- Gestaltung erfordert Regulierung der Märkte, aber weder im Sinn einer polarisierenden Liberalisierung hier und jetzt für Starke und Schwache, Reiche und Arme, und schon gar nicht in Form einer die Starken und Reichen bevorzugenden, also die Schwachen und Armen diskriminierenden Regulierung. Vielmehr gefragt sind Regulierung zur Förderung einer Chancengerechtigkeit im Wettbewerb, die sozial ausgleicht, und eine Sozialpolitik, die der Ergebnisgerechtigkeit sozial nachhilft und das Marktsystem rechtfertigt.⁹ Davon ist auch Migration nicht auszunehmen.

1.2. Die ungleichen Kapitalien: Arbeit ist am langsamsten und schwächsten

*die verschie-
denen Kapi-
talien können
unterschiedlich
schnell reagieren*

Die unzweckmäßige Regulierung oder die bloße Nichtregulierung der Globalisierung birgt eine Problematik unter einem speziellen, fundamentalen Aspekt. Die Reaktionsmöglichkeiten und -geschwindigkeiten zwischen den verschiedenen Kapitalien – Finanzkapital (Finanzierungsleistungen), Sachkapital (Mechanisierungsleistungen) und Humankapital (Arbeitsleistungen) – sind sehr unterschiedlich.

*Anpassungsge-
schwindigkeit
ist nicht
unbedeutend*

Die Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen bedeutet nicht zuletzt, sich den sich ändernden Rahmenbedingungen bestmöglich anzupassen. In der Ökonomie als Wissenschaft wird der Anpassungsgeschwindigkeit große, wenn nicht entscheidende Bedeutung zugemessen. Wer oder was schneller reagieren kann, erntet die Vorteile der raschen Anpassung („wer zuerst kommt, mahlt zuerst“; diese allegorischen Mühlen mahlen mithin recht unerbittlich). Das ist ebenfalls für eine zweckmäßige wirtschafts- politische Regulierung maßgeblich.¹⁰

*Finanzkapital
ist für die Pro-
duktion wichtig,
aber aufgebläht,
flatterhaft und
übermächtig*

Finanzkapital kann seine Veranlagung in Sekundenschnelle ändern. Trotz der weit überproportional zur realen Wirtschaft (Produktionsleistung) zunehmenden, zeitweilig destabilisierenden Finanzvolumina ist nicht zu verleugnen, wie wichtig, wirtschaftlich überlebenswichtig die Finanzierung der realwirtschaftlichen Aktivität ist, bei der kaufkräftiges Einkommen entsteht.¹¹ Beide Umstände zusammen ergeben die Machtposition von Finanzkapital gegenüber den anderen Kapitalien. Das Management

eines Unternehmens muss sich danach verhalten, was aus der Sicht der internationalen Finanzanleger_innen gute Unternehmensführung („good governance“) sei.¹²

Sachkapital kann am zweitschnellsten regional mobil sein. Längst sind die Gründungen von und Beteiligung an Unternehmen im Ausland („direkte Auslandsinvestitionen“, „foreign direct investment“ – „FDI“) gang und gäbe, nicht zuletzt zu rein spekulativen Zwecken.¹³ Die internationale Freizügigkeit der Unternehmen ist unter der Hegemonie des Neoliberalismus¹⁴ eine Norm geworden. Diese unbehinderte räumliche Mobilität ist eine der Säulen der EG- bzw. EU-Konzeption, liegt auch dem Primärrecht der EU zugrunde und räumt dem gemeinsamen Markt mit seiner Liberalität Vorrang in der Er- und Abwägung wirtschaftspolitischer Entscheidungen ein. Besonders in entwickelten Wirtschaften ist die Kombination von Sach- und Humankapital ein Grundzug des Systems. Wiederum bauen beide Umstände – vergleichsweise Reaktionsmöglichkeit und ökonomische Abhängigkeit – eine Machtposition auf: hier die des Sachkapitals gegenüber dem Humankapital.¹⁵ Das Management eines Unternehmens kann oder muss Druck auf die Belegschaft ausüben, selbst wenn es von dieser Art von „good governance“ selbst nicht betriebswirtschaftlich überzeugt sein mag; nicht einmal die Aktionärsversammlung o.Ä. haben hierbei effektive Chancen auf Durchsetzung einer abweichenden Position.¹⁶

Sachkapital wird vom Finanzkapital dominiert

1.3. „Yeah, I’m the wanderer, (...) I roam around, around, around“?¹⁷

In den oft statischen Modellen des ökonomischen Mainstream (Neoklassik, Allgemeine Gleichgewichtstheorie) wird ineffizienter Ressourceneinsatz durch die Preise (genauer: die Verhältnisse der Preise zueinander) angezeigt, die wiederum die Anreizsituation der Wirtschaftsteilnehmer_innen darstellen und diese zu Anpassungen ihres Verhaltens veranlassen. Die Reaktionen der Wirtschaftsteilnehmer_innen lenken die Märkte und letztlich die Gesamtwirtschaft ins Gleichgewicht. Die Unterschiede in den Lohnsätzen (Stundenverdiensten) zwischen den diversen Sektoren, Branchen, Berufen und Tätigkeiten drücken auf dem – als funktionsfähig unterstellten – Wettbewerbsmarkt die Unterschiede in der Arbeitsproduktivität aus. So gesehen werden die Arbeitnehmer_innen im (anzustrebenden) Gleichgewicht leistungsgerecht entlohnt.¹⁸

Ausgleich der Lohnsätze und leistungsgerechte Entlohnung durch mobile Arbeit

*Lohnunter-
schiede zeigen
unterschiedliche
Produktivitäten
und Knappheiten
der Arbeit an*

Die regionale Verteilung der Lohnsätze innerhalb vergleichbarer, also gleich produktiver („homogener“) Tätigkeitsgruppen signalisiert jeweils die vergleichsweise Knappheit, gemessen als die betreffende Differenz zwischen Arbeitsnachfrage der Unternehmen und Arbeitsangebot der privaten Haushalte. Überall dort, wo Arbeit relativ knapp und vergleichsweise teuer ist, wird durch den Anreiz höherer Entlohnung Arbeit aus anderen Regionen angezogen. In der Emigrationsregion wird dadurch Arbeit knapper und teurer, in der Immigrationsregion weniger knapp und billiger.

*Wanderung
ins neue
Gleichgewicht*

Dieser internationale Preiszusammenhang (der Lohnsatz ist der Preis für die Leistung des Humankapitals) basiert auf Arbitrage (d.h., der Arbeitsplatz mit dem höheren Lohnsatz wird angenommen). Lohnarbitrage führt eben zu Wanderung und neuer regionaler Verteilung („Reallokation“) von Arbeit. Eine Reallokation der Arbeit durch Arbeitsmigration ist aus dieser Perspektive nichts anderes als die Anpassung aus einem Ungleichgewicht heraus an die neuen Gleichgewichtsbedingungen.

*Produktivitäts-
und Wohlstands-
maximierung
durch
Wanderung*

Die Folge einer so gearteten Motivation und gelenkten Wanderung dient sowohl einzel- wie auch gesamtwirtschaftlich der Maximierung der ökonomischen Effizienz; die Arbeitsproduktivität steigt, denn höhere Lohnsätze (real gesehen, also in Kaufkraft gemessen) andernorts zeigen Ungleichgewicht und eine produktivere Arbeitseinsatzmöglichkeit als hierorts an. Im Gleichgewicht ist die Arbeitsproduktivität und somit der reale Lohnsatz überall gleich hoch und insgesamt (d.h. weltwirtschaftlich) maximal (sofern überall auch dieselbe, nämlich produktivste Technik eingesetzt ist).

Regionale Unterschiede in den realen Lohnsätzen spiegeln demnach örtlich unterschiedliche Produktivität der anderen Produktionsfaktoren, nämlich Sach- und Naturkapital, wider. In jeder Region oder jedem Staat ist dabei immerhin die Arbeitsproduktivität maximal, eben genau so hoch, wie es die jeweiligen Rahmenbedingungen, welche die Gesamtproduktivität der Produktionsfaktoren festlegen, nur erlauben. Der Output pro Arbeitsstunde oder Arbeitnehmer_in ist als eine Produktivitätsgröße maximal, ebenso der Output pro Kopf der Wohnbevölkerung als ein Wohlstandsmaß.

Allerdings muss Wohlstandsmaximum, sofern wir es realisieren können, nicht unbedingt dem sozialen Wohlfahrtsmaximum

entsprechen. Das eine ist nur eine materielle Wohlstandsgröße, das andere eine qualitative Gesamtgröße für das umfassende Wohlergehen der Bevölkerung. Beide Größen sind immerhin nur Gesamt- bzw. Durchschnittsgrößen und sagen daher nichts oder nicht Unmittelbares über die Verteilung der Lebenszufriedenheit aus. Die tatsächliche Verteilung wirkt aber nicht nur unmittelbar auf die soziale Wohlfahrt, sondern bestimmt auch mittelbar das Wachstum des Wohlstands mit. Die qualitative Wohlfahrtsgröße wird in der Regel größer, wenn die Verteilung ausgewogener wird. Das gilt für alle, freilich auch für die inländischen Ausländer_innen.¹⁹ Warum sollten sie also schlechter dran sein?

Wohlstand, Umverteilung und soziale Wohlfahrt

Die Angst vor dem Unbekannten, dem Fremden (Xenophobie), dem Ungewissen, ist eine Urangst des Menschen. Sie ist wahrscheinlich mitbedingt durch weitreichende essenzielle Unsicherheit, universelle Vergänglichkeit und wirtschaftlich-soziale Ungewissheiten und Verunsicherungen – gepaart mit Falschinformation, kaum zu bewältigender Informationsflut und dem Hang zur Subjektivität. Das Subjektive ist aber nicht autonom, sondern wird durch einfache, bequeme, früh und rasch „erlernte“ („enkulturierte“) Denkweisen²⁰ sowie durch Gewohnheits- und Herdenverhalten beeinflusst.

Grundangst vor dem/den Fremden verfestigt sich

Auf solchen Grundlagen verbreiten sich Stereotypen recht leicht und prägen unseren Umgang miteinander. „Das Verhältnis der Menschen zueinander basiert darauf, dass man sich von anderen ein Bild – image – macht und dadurch einen Abwehrmechanismus schafft. In unseren gegenseitigen Beziehungen erzeugt jeder in sich ein Bild von dem anderen, und diese Bilder treten zueinander in Beziehung, nicht aber die Menschen selbst.“²¹

Stereotypen prägen den Umgang miteinander

Das oft unbewusste Streben nach sozialer Integration und Bedeutung fördert das sozial ausgrenzende, phrasenhafte Wiederholen und Weiterverbreiten sprechblasenartiger Vorurteile („Diskurse“) – mitplappern heißt dabei sein –, die zwar durch die zahlreichen Wiederholungen nicht zutreffender werden, doch von den Empfänger_inne_n immerhin gern als eigene Auffassung verinnerlicht werden. Den Hang zum Benachteiligen und Ausgrenzen nennt Gary Becker schon seit 1957 die Vorliebe für Diskriminierung.²² Dazu kommt noch ein weiterer Einfluss.

Vorliebe für Diskriminierung

*Verunsicherung
veranlasst zur
Ausgrenzung*

Insbesondere in wesentlich unsicheren, beängstigenden Situationen, seien sie objektiv oder nur subjektiv bedrohlich, etwa Gefährdung oder Verlust des Arbeitsplatzes oder Senkung der Löhne,²³ ist es eine häufige Strategie, ob nun willkürlich oder unwillkürlich, das Vertraute um sich zu scharen und das Fremde zu übersteigern, um sich sicherheitshalber abzugrenzen – mit der Konsequenz, andere auszugrenzen, als anders zu definieren („othering“).²⁴ „(...) the merger of groups of people alters their social landscape and their comparators. Employing a measure of social distress that is based on the sensing of relative deprivation, a merger is shown to increase aggregate distress: the social distress of a merged population is greater than the sum of the social distress of the constituent populations when apart.“²⁵

*„Diskurse“
schaffen Realität*

Für tendenzielle Ausgrenzung genügt oft schon die Sprache mit ihren Diskursen (wiederholt nachgeplapperten Stehsätzen) als Auslöser oder Verstärker: „Nun ist die politische Realität, wie jede andere auch, eine diskursiv produzierte. Der politische Raum ist ein symbolisches System, das durch Sprache aufgespannt wird.“²⁶

*„Othering“ und
Gegenrezepte*

„Othering“ ergibt sich eben aus der Erfahrung des Selbst und des oder der anderen.²⁷ Das reflexartige Ausgrenzen lässt sich durch Wissensvermittlung und das Herbeiführen persönlicher Erfahrung hintanhalten. Dazu ist Konfrontation mit dem oder den gefürchteten und gemiedenen Anderen so notwendig wie zumutbar. Notorische Diskriminierung ist jedoch ebenso wenig zu dulden und bedarf, wenn sie subjektiv auch noch so ehrlich als gerechtfertigt empfunden wird, des unbedingten Zwangs strikter Antidiskriminierung.²⁸

*Wettbewerbs-
druck auf dem
Markt reduziert
Diskriminierung*

Neben der Bildung und den Diskriminierungsverboten kann der Marktwettbewerb eine Art von Gegenmacht gegen die Vorliebe in der Wirtschaft für subjektiv motivierte, d.h. für wirtschaftlich irrationale Diskriminierung ausüben. Je stärker der wettbewerbliche Druck in Richtung effizienter Produktion ist, desto geringer ist die Möglichkeit zur Diskriminierung in der Arbeits- und Geschäftswelt.²⁹

Xenophobie (Angst vor dem und den Fremden) erzeugt Diskriminierung (i.S.v. sachlich ungerechtfertigter Benachteiligung von Ausländer_inne_n) und soziale Ausgrenzung (Marginalisierung).

Dabei ist Xenophobie nicht nur durch befürchtete wirtschaftliche Nachteile begründbar, sondern auch durch die Befürchtung, dass sich die vertraute und geschätzte soziale Umgebung ändern könnte – selbst in den an Einwanderung eher gewöhnten Ländern. "Immigration, however, does not just affect wages and taxes. It also changes the composition of the local population, threatening the 'compositional amenities' that natives derive from their neighborhoods, schools, and workplaces. (...) compositional concerns are 2 – 5 times more important in explaining variation in individual attitudes toward immigration policy than concerns over wages and taxes."³⁰

Xenophobie und ihre Faktoren

Doch die ethnische Segregation (Spaltung) der Gesellschaft wird auch von Seiten der Immigrant_inn_en gefördert, für die spiegelbildlich dieselbe Fremdenangst gegenüber den für sie fremden Inländer_inne_n gilt, die bei den Immigrant_inn_en durch die Distanziertheit der angestammten Bevölkerung verstärkt wird. Kulturelle Differenzen werden meist nicht angesprochen, statt pragmatisch diskutiert zu werden, so dass sich beiderseits Frustration breitmacht. Zuweilen ist auch von der Etablierung von Parallelgesellschaften, von Ghettos fast als Staaten im Staat, die Rede.³¹ Eine solche Stratifizierung (räumliche Verteilung nach sozialen Schichten) erweist sich allerdings als ökonomisch und sozial abträglich.³²

beiderseitige Xenophobie und Segregation

Zur Überwindung dieser Kluft ist Mediation von einer Metaebene aus erforderlich, um sachlich die objektiven Probleme anzusprechen und im geleiteten Dialog abzubauen. Eine solche Vermittlung meint hauptsächlich den Staat, der aber dieser seiner staatsmännischen Pflicht aus wahltaktischen Gründen nicht angemessen nachkommt. Damit zeigt die Staatsgewalt mittelbar und doch effektiv, dass Unterschiede unvereinbar und Diskriminierungen gerechtfertigt seien. Oder er verkehrt seine Pflichterfüllung gar ins Gegenteil, um demagogisch die Kluft noch zu verbreitern.

Staat in der Pflicht als Mediator

Diskriminierung ist in ökonomischem Sinn immerhin ein Luxus, nämlich in Form so genannter Opportunitätskosten (Alternativkosten); diese sind der wirtschaftliche Nachteil, hier in Form niedrigerer Wettbewerbsfähigkeit, geringerer Gewinne und Innovativität sowie niedrigeren Wachstums. Solche Nachteile entstehen dadurch, dass die günstige Gelegenheit („opportuni-

Diskriminierung ist ökonomischer „Luxus“

ty“) einer sozialen Integration der Immigrant_inn_en vertan wird, indem eine Alternative, hier eben Diskriminierung und Desintegration, gewählt wird. Dabei ist längst, v.a. aus der Theorie, hinlänglich bekannt, dass die wirtschaftlich erfolgreiche Führung eines Unternehmens – wohlgerne als Gesamtheit seiner Funktionsträger_innen – sehr viel soziale Kompetenz verlangt, speziell im Hinblick auf zentrale Inhalte wie Arbeitsklima und Motivation, Mitarbeiter_innen_zufriedenheit und Produktivität. Dennoch werden Migrant_inn_en diskriminiert.

lokale Überschwappereffekte und soziale Nutzen

Die Effekte von Immigration betreffen nicht bloß die betriebliche Ebene, sondern beziehen sich auch auf die lokale Ebene. Die Regionalökonomik hebt hervor, dass es lokale Überschwappereffekte (positive „externe Effekte“, „externe Nutzen“) gibt, die von Immigrant_inn_en ausgehen und für die unmittelbare Umgebung von Vorteil sind, jedoch meist übersehen werden. Dies können ausdrückliche oder nur stillschweigende Inputs an Kultur und Fähigkeiten sein: in der Firma und auch bei sonstigen sozialen Kontakten. Dabei kann branchenintern oder sogar branchenübergreifend relevantes Wissen übertragen werden. Auch dadurch werden Produktivität, wirtschaftliches Überleben und Wachstum gefördert.³³

Diskriminierung aus verschiedensten Gründen ist nicht ausgeschöpftes ökonomisches Potenzial

Einwanderung ist ein potenzieller ökonomischer Vorteil, auf den man offenbar verzichten will und in der Tat auch kann, wenn das Unternehmen und in Summe die Gesamtwirtschaft – noch – ausreichend produktiv und kaufkräftig sind, um die Opportunitätskosten wegstecken zu können. Das gilt nicht nur für Diskriminierung aus ethnischen Gründen, sondern auch aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Weltanschauung oder Religion, der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität usw.³⁴ – eben aus allen Diskriminierungsgründen, die durch nationale, internationale und supranationale Grundrechtsordnungen erfasst und geächtet werden.

Wanderungsentscheidungen nur schweren Herzens

Aus der Perspektive, dass nicht nur Inländer_innen, sondern auch Einwander und -innen von Angst vor dem Fremden und Marginalisierung in der Gesellschaft geplagt werden, mag zumindest gefolgert werden, dass Menschen nur aus schwerwiegenden Gründen, ja in Verzweiflung, ihre angestammte Gegend und soziale Umwelt verlassen und sich ins wesentlich Ungewisse begeben,

wo die höchste Gewissheit noch im Hörensagen oder Wissen über Xenophobie und Diskriminierung im Zielland besteht. Ein Schlaraffenland als Zielland erwartet wohl kaum jemand.

Ökonomisch umfassend gesehen sind die individuellen „Kosten“ der Migration (die Summe aller quantifizierten, sowohl quantitativen als auch qualitativen Nachteile) relativ hoch. Denn wir wissen selbst aus dem gemeinsamen EU-Raum der völligen Freizügigkeit, dass die Migration etwa im Vergleich zu den USA erheblich geringer ist. Warum?

*hohe Migrati-
onskosten und
wenig Migration
selbst in der EU*

Zum Ersten sind die Umzugskosten i.w.S. abschreckend hoch, weil die Märkte für Wohnraum(nutzung) nicht so reibungslos funktionieren wie etwa in den USA und weil die Systeme der sozialen Sicherheit nicht vereinheitlicht sind. Zum Zweiten ist der Umstand der Zwei-Verdiener_innen-Beziehung oder -Familie ein Grund für strukturelle Arbeitslosigkeit („mismatch unemployment“). Zum Dritten sind selbst in einem eher gut allgemein-gebildeten Europa die sprachlichen und sonstigen kulturellen Barrieren noch unerwartet hoch: 55 Jahre nach Beginn der Verträge von Rom, 20 Jahre nach Aufwertung der EG zur EU (Maastricht-Vertrag) und nach zumindest formeller Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, dessen Grundfreiheiten eben die Freizügigkeit der diversen Kapitalien und ihrer Produkte umfassen. Umso größer muss die Problematik der Emigration für Menschen aus außer-EU-europäischen, grundsätzlich negativ konnotierten und somit vorurteilsbehafteten Kulturkreisen sein. Und last not least gibt es starke Einschränkungen der Immigration nach EU-Europa.

*ökonomische
und soziale
Faktoren der
Nichtwanderung*

1.4. Migration und Integration, Wirtschaft und Soziales

Immerhin ist die regionale Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der Eurozone ein wesentliches Grundelement der realwirtschaftlichen Voraussetzungen für das möglichst reibungslose Funktionieren der Gemeinschaftswährung. Kann u. a. Arbeitsmigration die Beschäftigung und den Wohlstand nicht auf einen einigermaßen gleichmäßig hohen Grad bringen und dort halten, kann sie die Produktivität zwischen den recht unterschiedlichen Staaten und Regionen (NUTS) nicht angleichen (was sie offenbar nicht kann), so muss die Währungsunion durch eine Transferunion mit erheblicher öffentlicher Umverteilung unter den Mitgliedsstaaten

*Migration als
ein Schlüssel-
element der
Eurozone*

und ihren Regionen ergänzt werden.³⁵ Analog ist Arbeitsmigration auch auf internationaler Ebene ein begünstigender Faktor nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Entwicklungszusammenarbeit³⁶.

*Argumente für
die Ermögli-
chung von Immi-
gration*

Selbst wenn wir den Funktionszusammenhängen und Schlussfolgerungen der Mainstream-Modelle nicht folgen wollen, finden wir Argumente für die Ermöglichung von Immigration. Die Welt ist gleichsam ein Raumschiff, in dem alle sitzen und alle davon profitieren können, wenn die Einkommensmöglichkeiten und -ergebnisse ausgewogener sind als besonders in letzter Zeit.³⁷ „Die Menschheit sitzt in einem Boot. Und die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. Eigennutz im 21. Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern. (...) Wir wollen lernen, Freiheit nicht nur für uns zu nehmen, sondern sie auch anderen zu ermöglichen. Die Glaubwürdigkeit der Freiheit ist messbar: in unserer Fähigkeit, Chancen zu teilen.“³⁸ Was kommt dabei heraus?

*Verliererinnen
der Migration
entschädigen*

Die Exportwirtschaft kann mehr absetzen, die Importwirtschaft mehr einführen, ohne dass die Handelsbilanz ins Defizit rutscht, und das, weil Wanderung netto und global zu mehr Beschäftigung und Einkommen führen kann, sofern sie weltwirtschaftspolitisch zweckmäßig gemanagt wird. Das potenzielle Ergebnis fällt uns allerdings nicht von selbst in den Schoß, ist in der Zielerreichung anspruchsvoll und wird vorübergehende Reibungsverluste mit sich bringen. Das Welthandelsvolumen und Welteinkommen kann und soll steigen, damit Verlierer_innen der Migration durch staatliche Umverteilung relativ problemlos entschädigt werden können.

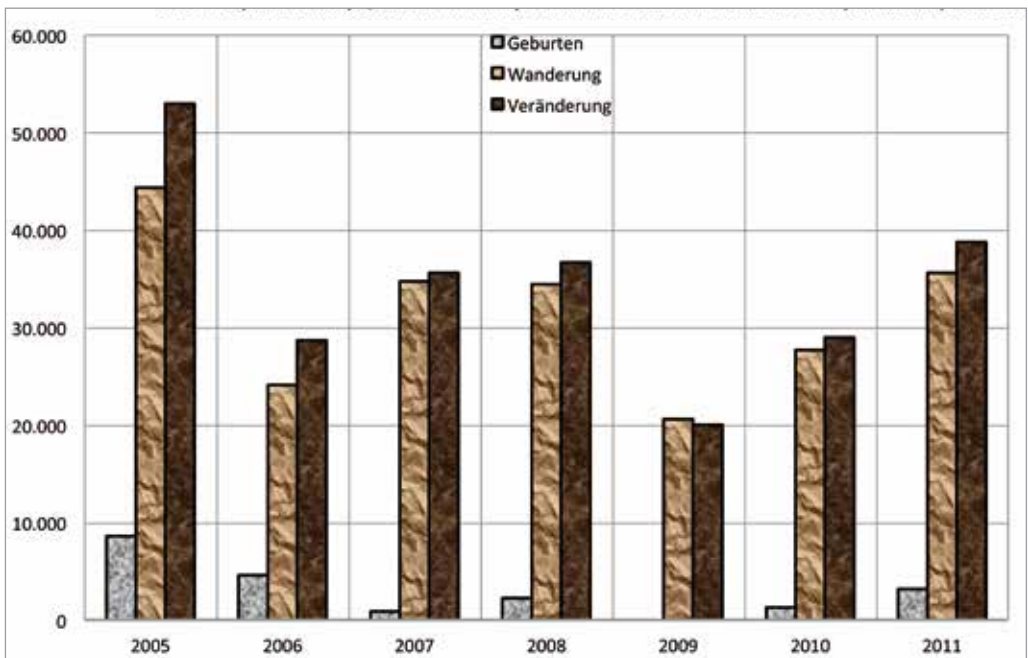
*proaktive Bildung
fördert aufgeklär-
tes Eigennutz-
streben und Win-
Win-Lösungen*

Besonders die entwickelten Staaten sind ökonomisch und wirtschaftspolitisch prädestiniert und staatsmännisch aufgerufen, in eine bessere gemeinsame Zukunft zu investieren: nicht (nur) aus Altruismus, sondern (v.a.) aus aufgeklärtem Eigeninteresse – wirtschaftlich, politisch, sozial. Das kann Bildung durchaus vermitteln. „Lower cognitive ability predicts greater prejudice through right-wing ideology and low intergroup contact.“³⁹ Wenn der Problemdruck hinreichend groß geworden ist, um neue Wege zu wagen, mag die Reform der Bildungsinhalte und der pädagogischen Ausbildung schon zu spät kommen, wirkt sie doch eher erst langfristig.

Nicht zuletzt ist angesichts einer schwach wachsenden, manchmal leicht schrumpfenden Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ein positives Wachstum der gesamten Wohnbevölkerung offensichtlich der Immigration zu danken (Abbildung 1) und auch der höheren Geburtenrate der Immigrant_inn_en und deren Nachfolgenerationen (2011: 12,9/1000 bzw. 8,8/1000 Einwohner_innen).⁴⁰ Jedenfalls wandern auch weniger Junge aus als ein und mehr Alte aus als ein.⁴¹

Bevölkerungswachstum dank Immigration und erhöhter Geburtenrate

Abbildung 1: Veränderung der Bevölkerung insgesamt und durch Geburten oder Wanderung, Österreich 2005–2011, in Personen



Quelle: www.statistik.at, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2013, Wien 2012, Tab. 2.04

Aus alledem ergibt sich eine größere Erwerbsbevölkerung⁴² und somit eine gesteigerte Auswahlmöglichkeit für die Arbeit nachfragenden Unternehmen. Dadurch ist zumindest das Potenzial erweitert, und zwar zum einen für eine höhere Quantität (wegen geringerer Engpässe in bestimmten beruflichen Tätigkeitsbereichen) und zum anderen für eine erhöhte Produktivität der Beschäftigung (aufgrund verbesserter Ressourcenallokation).

Vorzüge größerer Erwerbsbevölkerung

*Bemessungs-
grundlage für
SV-Beiträge soll
wachsen*

Gerade angesichts der globalen Tendenzen in Richtung eines höheren Durchschnittsalters und einer geringeren Lebenserwartungszeit ist das Fördern des Wachstums der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherung besonders wichtig.⁴³

*Kultivierung der
Vielfalt kann
Innovativität stei-
gern und Wachs-
tum sichern*

Obendrein stellt auch die Lebenszufriedenheit (Zivilisation, Kultur, jedenfalls über reinen Wohlstand hinaus) insgesamt einen (weichen) Faktor für Innovativität und Wachstum dar (gesteigerte dynamische Effizienz des Wirtschaftssystems). „Der kulturelle Kapitalstock umfasst alle Politiken und Vorgänge, welche die Werthaltungen der Gemeinschaft und die Zuversicht in die Zukunft vor Ort zum Ausdruck bringen und stärken. Speziell ist die Kultivierung von Vielfalt in der Gemeinschaft gemeint, und zwar nicht bloß aus zwischenmenschlichen und moralischen Gründen, sondern auch aus aufgeklärtem Eigeninteresse, weil Einheit in der Vielfalt – und, durch das Bewusstsein dessen gestärkt, sozialer Friede und schließlich volle Leistungsfähigkeit – auch der Wirtschaft und Gesellschaft zu Gute kommen (Johnson Jr. 2002, Florida 2005). Eine Stadt ohne Sozialkultur, Denk- und Lebensfreiheit (Freiheit im Sinn von Möglichkeiten bekommen und nutzen können) kann weder soziale Attraktivität noch wirtschaftliche Stärke entfalten.“⁴⁴ Immigrant_inn_en und ihre Nachkommen stellen zudem ein unternehmerisches Erfolgspotenzial speziell in außenwirtschaftsorientierten Wirtschaftsregionen wie Oberösterreich dar.

*Integrations-
statt Abschot-
tungspolitik*

Arbeitsmigration aus den zumeist armen Arbeitskraftüberschussländern kann also letztlich beide Beteiligten besserstellen. Der aufgeklärte, entwickelte Staat muss daher Immigration durch Integrationsmaßnahmen fördern, nicht durch Abschottung verhindern. Es sind die wirtschaftlich weniger weit entwickelten Staaten, die durch Emigrationsmöglichkeit unterstützt werden sollen, und es sind nicht die entwickelten Volkswirtschaften, die vor Migration geschützt werden müssen. Allerdings sind die meist nur vorübergehend auftretenden Nachteile für die inländischen Arbeitskräfte wirtschafts- und sozialpolitisch zu kompensieren.

*Staatseinnah-
menzuwächse
ohne Steuerer-
höhungen ...*

All dieses zusätzliche Potenzial für Wohlstandsmehrung bildet – als Abgabenbasis – auch eine Extrachance für Staatseinnahmenezuwächse ohne Steuersatzerhöhungen, eben zur Finanzierung umfangreicherer oder besserer staatlicher Leistungen oder zur Reduzierung der Staatsverschuldung. Unter diesem Blickwinkel

müsste die Volkswirtschaft, repräsentiert durch den Staat, daran interessiert sein, möglichst viele Menschen in postprimäre Bildung und solide Beschäftigung zu bringen und auf dieser Grundfeste zu potenten Zahler_inne_n von Lohn- und Umsatzsteuer sowie Sozialversicherungsbeiträgen werden zu lassen, und zwar ungeachtet ihrer Lebensumstände – ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Allerdings ist der Anteil der Einwanderer bzw. -innen mit AHS, BHS, Kolleg oder Uni in zweiter Generation merklich geringer als bei der ersten, während er bei Lehre und BMS weit größer ist. Beide Generationen sind beim Pflichtschulabschluss weit (mit Faktor 3) überrepräsentiert.⁴⁵

*... spießen sich
an der sozial se-
lektiven Bildung*

Dem beruflichen und sozialen Aufstieg entgegen steht allerdings – neben der bereits erwähnten Politik, die glaubt, keine völlige Antidiskriminierung herbeizuführen zu können – der Gläserne Plafond in der Hierarchie der Berufe und Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und in den Unternehmen, wie wir ihn bei den Frauen weitgehend immer noch kennen. Dieser Plafond ist eben Hemmschuh für die Karrieren derer mit Migrationshintergrund oder auch nur anderer ethnischer Herkunft (Folgeneration).

*gläserner
Plafond*

Stadlmayr eruierte, dass „in befristeten Dienstverhältnissen vermehrt Personen mit niedrigem Bildungsniveau, bis 34 Jahre und MigrantInnen neuer Zuwanderung (ab 1998) sowie Zugewanderte aus den klassischen Gastarbeiterländern Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien beschäftigt sind. Menschen mit Migrationshintergrund verdienen im Durchschnitt weniger als Autochthone, es zeigt sich ein größer werdender Abstand mit zunehmendem Bildungsniveau: Bei Niedrigqualifizierten zeigt sich ein geringerer Nettostundenlohn von bis zu 30 Cent Unterschied (3% weniger) bei Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber Autochthonen. Der Abstand bei mittlerer Bildung beträgt im Durchschnitt 1,50 Euro (11% weniger), bei höherer Qualifikation gar 2,90 Euro (22% weniger). Diese Hierarchie bleibt auch nach Berücksichtigung des Tätigkeitsniveaus bestehen (...).“⁴⁶

*Nachteile
auf dem
Arbeitsmarkt*

Diskriminierung mag mit dem Pauschalurteil zusammenhängen, dass bei „Ausländern“ die Kriminalitätsquote wesentlich höher sei als bei den „Unseren“. Das bestätigt sich allerdings nicht immer und nicht überall, selbst wenn es überall immer wieder demagogisch geschürt wird. In Österreich sind in diesem Zusammen-

*Immigration und
öffentliche
Sicherheit:
ambivalente
Ergebnisse*

hang auch die „Kriminaltouristen“ und Untersuchungshäftlinge mit eingerechnet, was Statistiken international nicht unbedingt vergleichbar macht.⁴⁷ Überdies hätten wir uns zu fragen, in welcher sozialen Situation Ausländer_inne_n leben müssen und ob diese Umstände nicht geeignet sind, die Kriminalität zu fördern.

*Bedienung
der Xenophobie
als Arbeits-
motivation?*

Weiter mag der Gläserne Plafond damit zu begründen sein, dass die Stimmung der einheimischen Arbeitskräfte und Arbeitslosen dadurch hochgehalten werden soll, dass deren Xenophobie bedient wird, insbesondere in Zeiten erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit und zwar steigender Sozialbudgets, die aber in Relation zur Entwicklung der sozialen Bedürftigkeit von so manchen als abnehmend empfunden werden.

*engagiertere
Sozialpolitik zum
Abbau von Vor-
behalten gegen
Immigration ...*

Ein Ansatz zum Abbauen der besonderen Vorurteilslastigkeit im Umgang mit Migrant_inn_en und deren Folgegenerationen wäre eine engagiertere Sozialpolitik, die den Problemdruck der Menschen erleichtert und somit dazu beiträgt, dass beiden Seiten, den „In- und Ausländer_inne_n“, die Vorbehalte gegenüber sozialer Integration und Chancengleichheit genommen werden.

*... wirkt nicht im-
mer vollkommen*

Allerdings zeigt der Bevölkerungsökonom Oded Stark in seinem Modell auf, dass eine solche Sozialpolitik mehr kosten würde, als sie an Erleichterung für die xenophobe Bevölkerung bringen könne. "(...) the social distress of a merged population is greater than the sum of the social distress of the constituent populations when apart. In response, an income redistribution policy is considered, aimed at ensuring that the wellbeing of individuals does not fall below their pre-merger level. Surprisingly, however, it is found that this policy, which is the staple of public finance, cannot be implemented: there is not enough of a gain to compensate for the loss."⁴⁸

Immerhin scheint diese Untersuchung ein wenig zu kurz gegriffen, zumal eine expansive Sozialpolitik (nach post-keynesianischer Auffassung) als weicher Wachstumsfaktor sogar langfristig wohlfahrtssteigernd wirkt.

*verbesserte In-
formationspolitik
gg. empfundene
Benachteiligung*

Eine nötige Ergänzung zur Sozialpolitik bildet daher eine stark verbesserte Informationspolitik, die eben auch das bloße Gefühl der vergleichsweisen Benachteiligung (relative Deprivation) bei „Inländer_inne_n“ wie bei „Ausländer_inne_n“ abbaut.

Dazu gehört auch eine effiziente Kontrolltätigkeit über die Einhaltung der sozial- und abgabenrechtlichen Bestimmungen durch die Arbeitgeber_innen. Nur wer das Gefühl erhält und bewahrt, dass die Wirtschafts- und Sozialpolitik fair ist⁴⁹ und ihre Bestimmungen in den Unternehmen eingehalten werden, ist bereit zu kooperieren. Diese Herausforderung ist nicht aussichtslos und wird auch von anderen Faktoren unterstützt. Nachbarschaft macht offen für Erfahrungslernen an den anderen und stärkt die Bereitschaft, anfangs als unangenehm empfundene Gegebenheiten zu akzeptieren.

faire Regeln und ihre kontrollierte Befolgung

„Die Parolen sind immer die gleichen: Ausländer würden Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen und seien meistens kriminell, skandieren rechte Parteien gerne. Bei Wahlen können sie damit in aller Regel nicht punkten. Dass die rechten Propaganda-Märchen in der breiten Bevölkerung nicht ankommen, könnte daran liegen, dass viele Menschen Tür an Tür mit Migranten leben. Zu diesem Ergebnis kommt eine bemerkenswerte Studie aus Großbritannien. Wer viel Kontakt zu Menschen aus unterschiedlichen Ländern hat, wird seltener zum bekennenden Rechtsradikalen. (...) Die 1982 gegründete BNP [British National Party; Anm.] fordert, Menschen mit ausländischen Wurzeln aus dem Land auszuweisen (...). In Stadtteilen [Londons; Anm.], in denen viele Ausländer leben, konnte die BNP nur schwer Fuß fassen (...). Je mehr Migranten in einem Viertel wohnten, desto weniger Briten traten dort der BNP bei. Besonders schwer tat sich die rechtsextreme Partei mit der Mitgliederwerbung in Stadtteilen, in denen gleich mehrere unterschiedliche Nationalitäten zusammenleben.“⁵⁰

Nachbarschaft und Erfahrungslernen schaffen Akzeptanz statt Radikalität

Über bloße Information und Erfahrungswissen hinaus ist der gesamte Bereich der Bildung und der Ausbildung (i.S.v. beruflicher Qualifikation) weder zu übersehen noch zu unterschätzen. Das zeigt sich in jüngeren empirischen Untersuchungen (auf Datenbasis von 2003) für Europa recht deutlich. Für quer durch Europa gilt nämlich, je höher der Bildungs- und Ausbildungsstand sind, desto größer ist die Akzeptanz für Einwanderung.⁵¹

Bildung und Ausbildung machen sich gesellschaftlich bezahlt

2. Immigration, Arbeit und Soziales: Empirische Evidenz

Der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum 1994 und die damit verbundene EU-interne Migration brachten für Österreich eine

*verschiedene
Immigrationen
mit unterschiedlichen
Einflüssen
auf die
Qualifikation*

Verringerung des Anteils der niedrig qualifizierten inländischen Arbeitskräfte im Vergleich zum Anteil niedrig qualifizierter Arbeitskräfte aus Nicht-EWR-Staaten. Die Erfüllung der EU-Richtlinie aus 2003 zeitigte hingegen weniger robuste und z.T. gegenteilige Ergebnisse. Maßnahmen zur bevorzugten Einwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte wirken sich nicht erwartungsgemäß aus, wenn parallel in anderen Regelungsbereichen des sehr komplexen einschlägigen Rechts Hindernisse nicht begleitend beseitigt werden.⁵² Doch selbst durch die erwünschte Immigration gibt es noch nicht automatisch auch schon Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

*sachliche Klärung
und beiderseitige
Integrationsbemühung*

Integration funktioniert nur von beiden Seiten kommend, dürfte insgesamt beide Seiten begünstigen und bedarf der sachlichen Klärung durch beide Seiten und der Regelung für beide Seiten; Probleme fördern das Bemühen der oberösterreichischen Gastgemeinden um Integration.⁵³ Doch der Erfolg will sich nicht so recht einstellen.

2.1. Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Kosten

*Diskriminierung
trotz Identifikation
und Assimilation,
wenig effektives
Sozialkapital,
und nur nicht „aufmucken“*

Assimilation (i.S.v. einseitiger Identifikation) erfolgt, gestützt auf britische Daten, bei Immigrant_inn_en aus armen und undemokratischen Herkunftsländern rascher,⁵⁴ und die Weitergabe der Identifikation mit dem Gastland auf die Folgegenerationen wirkt allgemein sehr effektiv.⁵⁵ Doch was nützt die Integrations- oder gar Assimilationsbereitschaft, wenn die andere Partei, die der Inländer_innen, selbst bei Vorliegen dieser Bereitschaften die Integration (z.T. selbst trotz Assimilation) nicht zulässt?⁵⁶ Wer über kein geeignetes Sozialkapital⁵⁷ („Beziehungen“ i.w.S.) verfügt, weil sich seine oder ihre sozialen Beziehungen im Wesentlichen innerhalb der Gemeinschaft der Unwesentlichen („Marginalisierten“) finden, hat weniger Startchancen im Wettbewerb um Einkommen. Wer sich als Immigrant_in noch dazu als oppositioneller Geist erweist, hat dadurch erst recht Nachteile auf dem Arbeitsmarkt.⁵⁸

*aufholen der
Bildung in
zweiter
Generation ...*

Ein jüngster Vergleich großer Volkswirtschaften in Europa (GB, D, F) ergibt, dass der Bildungsrückstand der Einwanderer bzw. -innen in der zweiten Generation abgenommen hat, dass die zweite Generation aber kaum stärker in den Arbeitsmarkt integriert ist als die erste und dass nur in GB die erste und noch mehr

die zweite Generation eine ihrer Bildung, Erfahrung und Region entsprechende Verdienststruktur erzielt.⁵⁹

*... zahlt sich
nicht überall aus*

Dies verwundert insofern, als es sich bei diesen Ländern um ehemalige Kolonialmächte handelt, die in der Folge zu Einwanderländern geworden sind. Doch selbst im „Schmelztiegel“ USA verlaufen ganz allgemein gesellschaftliche Bruchlinien entlang ethnischer Demarkierungen (zusätzlich zu den traditionalistisch- oder fortschrittlich-religiösen und parteipolitischen Grenzen in einem durch den frischen Wind der Obama-Administration bedingten, fast bürgerkriegsähnlichen gesellschaftspolitischen Machtkampf um bürgerliche Freiheitsrechte in einem grundlegend neokonservativen, aktuell sogar revisionistischen Land).⁶⁰

*selbst in Einwanderungsländern
noch ethnische
Bruchlinien*

So verwundert es nicht, auch für Österreich, das der Vielfalt in der Monarchie längst entwöhnt ist, dementsprechende Ergebnisse zu erhalten. Eine empirische Untersuchung, basierend auf Befragungen im xenophob geführten Wiener Landtagswahlkampf 1991 und anlässlich des „Ausländervolksbegehrens“ 1993, ergab eine statistisch signifikante Kausalität von ausländ_innen_feindlicher Gesinnung hin zu geringeren Arbeitsmarktchancen für Immigrant_inn_en.⁶¹

*Xenophobie und
Arbeitsmarktdis-
kriminierung in
Österreich*

Selbst noch 2011 gelangte eine WIFO-Studie zu den Schlüssen, dass das Bewusstsein des Stellenwerts von Nichtdiskriminierung der Immigrant_inn_en gefördert gehört und die entsprechenden Maßnahmen auch wirksam umgesetzt werden müssen, dass es Einführungsprogramme für Migrant_inn_en geben soll, insbesondere Sprachförderung für Kinder, weiter dass Beschäftigungsprogramme auch auf die Bedürfnisse der Einwander bzw. -innen zugeschnitten werden müssten und dass die Möglichkeit für die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen zu steigern wäre.⁶² Eine GfK-Studie kam 2009 zu Folgerungen, die in dieselbe Richtung weisen und zudem die Ausbildungs- und Aufstiegschancen der Immigrant_inn_en als besonders wichtig betonen.⁶³

*Empfehlungen
für Österreich*

„In einer Gesellschaft, wie der österreichischen, in der der Bildungsgrad zu einem hohen Ausmaß vererbt wird, trifft dieser Umstand natürlich die Nachkommen der ersten MigrantInnen-generation besonders hart. (...) Kinder von Geringverdienern

- Ansätze zur Antidiskriminierung* [sind] seltener im Gymnasium. Nachkommen von MigrantInnen sind natürlich besonders stark betroffen, weil unter den Geringverdienern MigrantInnen stark überrepräsentiert sind. (...) Volksschüler aus Migranten-Familien erhalten häufiger keinen Zugang zu Gymnasien. (...) Wie kann man das Risiko der Arbeitslosigkeit für die Nachkommen der ersten Einwanderergeneration senken? Der kleinere Teil der Lösung liegt in der Verbesserung der Bildungschancen, der größere Teil der Lösung liegt in der verbesserten Verwertung der Bildung auf dem Arbeitsmarkt.⁶⁴
- Hindernisse für die effektive Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt* Die Gleichstellung von In- und Ausländer_inne_n auf dem Arbeitsmarkt stößt auf die zuvor erwähnten hinderlichen Vorbehalte, v.a. die Angst vor relativer Deprivation sowie die Suche nach „Sündenböcken“ und „Blitzableitern“ für den Frustrationsabbau und nach Referenzpersonen für den Vergleich der zu kurz Gekommenen mit noch mehr zu kurz Gekommenen. Doch auch objektive Konfliktpotenziale, die sich aus Mangel an Kommunikation und an interkulturellem Verständnis ergeben, werden oft aus unzweckmäßig übertriebener „political correctness“ nicht angesprochen, nicht oder nicht sachlich debattiert und auch nicht aufgelöst. In der Folge ergeben sich eine gesellschaftliche Ächtung sowie die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigung: mit den sozial abträglichen Konsequenzen – trotz nationaler gesetzlicher Umsetzung der einschlägigen EU-Antidiskriminierungsrichtlinie vor zehn Jahren. „Bei den Nachfahren von MigrantInnen, die inländische Abschlüsse haben und gut mit den autochthonen Gleichaltrigen vergleichbar sind, zeigt sich aber, dass sie auf gleicher Bildungsebene öfter von Arbeitslosigkeit betroffen sind (...)“ 2010 waren in Österreich 16,6 % der Beschäftigten Migrant_inn_en, aber 31,4 % der Arbeitslosen hatten Migrationshintergrund (in Oberösterreich war dieses Missverhältnis mit 13,4 % zu 28,3 % etwas schwächer).⁶⁵
- größere Betroffenheit der Immigrant_inn_en von Arbeitslosigkeit*
- z.T. arbeitslos oder überqualifiziert* Kurzum, Immigrant_inn_en sind überproportional arbeitslos, im höchsten Bildungssegment höher qualifiziert als die Gesamtbevölkerung⁶⁶ und noch dazu gar nicht so selten klar unter ihrer Qualifikation beschäftigt.

„Dementsprechend waren bei der letzten Volkszählung (...) 38 Prozent aller Berufstätigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder mit Geburtsort im Ausland und mit Bildungsabschlüssen

höher als Pflichtschule in Tätigkeiten beschäftigt, die nicht so viel Bildung erfordert hätten, wie sie die Betroffenen aufweisen. Der Anteil betrug bei Herkunft aus dem heutigen EWR (einschließlich Schweiz) ‚nur‘ 26 %, aber 47 % bei Herkunft aus der übrigen Welt (d.h. vor allem Ex-Jugoslawien und Türkei). Bei in Österreich geborenen österreichischen Staatsangehörigen beträgt er 17%.⁶⁷

Fakten und ...

„Nach der Selbsteinschätzung geben knapp drei Viertel der [ausländischen; Anm.] Befragten (73%) an, dass die Tätigkeiten zum Niveau ihrer Ausbildung passen. Jede/r Zehnte (10%) führt sogar Arbeiten durch, für die er eigentlich nicht ausgebildet wurde („Unterqualifikation“). (...) Innerhalb der knapp 1.200 [befragten; Anm.] Personen, die dequalifiziert beschäftigt sind, haben sich 14% sogar um zwei Niveaustufen verschlechtert (mit höherem Abschluss in Hilfs- oder Anlern­tätigkeit), der Großteil von 86% der Dequalifizierten verschlechtert sich um eine Niveaustufe (mit mittlerem Bildungsniveau in Hilfs-/Anlern­tätigkeit oder mit höherem Bildungsniveau auf mittlerem Tätigkeitsniveau). (...) Selbst bei einer erreichten Anerkennung von Auslandsabschlüssen bleibt der Anteil der Dequalifizierten bei 40%.⁶⁸ Der unterqualifizierte Arbeitseinsatz von Migrant_inn_en und deren Nachfahren nimmt zumindest, wie aus derselben Studie hervorgeht, in der Generationenfolge ab.

*... Selbstein-
schätzung*

Freilich schlägt sich diese suboptimale Beschäftigungssituation im Einkommen nieder. Österreicher_innen verfügten 2010 über ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 22.448 € (als 100 % angesetzt), während es sich bei Nicht-Österreicher_innen auf 18.361 € (82 %) bemaß; für Menschen aus Ex-Jugoslawien (ohne Slowenien) betrug es 17.652 € (79 %) und für Menschen türkischer Staatsangehörigkeit 17.526 € (78 %). Dadurch sind offenbar auch die Armuts-(gefährdungs-)quoten deutlich unterschiedlich: für Österreicher_innen 12 % (manifest arm 6 %), für Nicht-Österreicher_innen 25 % (manifest 16 %), für Menschen aus Ex-Jugoslawien 16 % (manifest 12 %) und für türkische Staatsbürger_innen 40 % (manifest 20 %).⁶⁹

*Niederschlag der
Diskriminierung
in der Einkom-
mensverteilung*

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation verstärkt wiederum die Vorurteile und Verächtlichkeiten und festigt damit die Diskriminierung ebenso wie die Segregation der Immigrant_inn_en, die ob ihrer entwürdigenden Benachteiligung ihre Würde offenbar in

*Diskriminierung
– Vorurteile –
schlechte
Gesundheit*

Isolation und Verachtung der Außenwelt wiederzufinden suchen und so einen etwaigen Aufbau von Sozialkapital einschränken. Überdies bewirkt der relativ niedrige soziale Status auch einen schlechteren Gesundheitszustand der Migrant_inn_en, insbesondere bei den Frauen, allgemein aber nach Herkunftsland (und somit sozialer Hierarchie) sehr verschieden.⁷⁰

*Arbeitslosigkeit
und Mangel an
Fachkräften:
Lösungsansatz*

Einerseits ist Arbeitslosigkeit ein Problem, andererseits wird der Mangel an Fachkräften immer wieder beklagt („mismatch“). Angesichts dieser Umstände liegt die Empfehlung nahe, den Gläsernen Plafond zu zerbrechen und die Immigrant_inn_en, ihrer zuweilen höheren Qualifikation entsprechend, produktiver einzusetzen – gerade in einer globalisierten, wettbewerbsorientierten Wirtschaft⁷¹. Dadurch kann der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften gelindert werden. Die zugleich in den unteren Verwendungsbereichen frei werdenden Arbeitsplätze können durch die knapp zur Hälfte gering qualifizierten inländischen Arbeitslosen (ohne Schulabschluss oder mit Pflichtschulabschluss⁷²) sowie durch die ausländischen Arbeitslosen besetzt werden.

*wenig qualifizier-
te Immigration,
Integration und
Neuzuzug*

August Gächter meint sogar, wir bräuchten deshalb mehr schlechtqualifizierte Immigrant_inn_en. „Insgesamt gesehen, brauchen EU-Staaten wie Österreich oder auch Frankreich weniger den Zuzug von Gebildeten als vielmehr den Aufstieg der bisherigen Einwanderinnen und Einwanderer – sowie insbesondere von deren Kindern und Enkeln – aus den Putz-, Transport- und anderen Hilfstätigkeiten in höher qualifizierte Tätigkeiten mit besseren Einkommen und größerer gesellschaftlicher Anerkennung. Hierzu wurden bisher bei weitem nicht die nötigen finanziellen oder personellen Anstrengungen gemacht. (...) In dem Maß, wie dieser Aufstieg gelingt, ist Ersatz in den gering qualifizierten Tätigkeiten nötig. Und der kann nur aus neuer Einwanderung stammen. Österreich, ebenso wie Frankreich oder Deutschland, braucht daher vor allem eine gering qualifizierte Einwanderung. ‚Integration vor Neuzuzug‘ ist, mit anderen Worten, glatter Unfug. Integration hat es immer und überall nur mit Neuzuzug gegeben.“⁷³

*kein Wundermit-
tel, aber Erfolg
versprechend*

Ein Wundermittel gegen strukturelle Arbeitslosigkeit (Arbeitslose und freie Stellen existieren in hohem Maß nebeneinander) ist dies wohl nicht, aber eines der Erfolg versprechenden Instrumente im Konzert der notwendigerweise vielschichtigen

Beschäftigungspolitik – und ein Mittel zur Finanzierung des Sozialstaates ohne Abgabenerhöhung.

Die Pattsituation zwischen In- und Ausländer_inne_n – betreffend ihre gegenseitige Ausgrenzung und die daraus resultierende Bildung von Enklaven (Ghettos) – verlangt nach einem zentral, daher staatlich oder korporatistisch organisierten Dialog, der ohnehin von der Zivilgesellschaft längst angestoßen worden ist. „Die Sozialpartner haben ihre Politikfähigkeit zurückgewonnen“, sagt August Gächter vom Zentrum für soziale Innovation, der angesichts permanenter Blockade vor zehn Jahren noch die Sinnfrage gestellt hat. Dennoch erkennt Gächter blinde Flecken. Trotz ‚ritueller Klagen‘ über Diskriminierungen komme etwa der präventive Kampf gegen Ungleichbehandlung – von Frauen bis zu Migranten – immer noch zu kurz. Die Sozialpartner, meint der Arbeitsforscher, seien bei vielen Themen einfach ‚nicht am Stand‘, weil sie den Dialog mit der Zivilgesellschaft verschlafen.“⁷⁴

Herausforderung für Staat und Sozialpartnerschaft bleibt

Zielvorstellung wäre, wenn auch noch weit entfernt, nach Hartley Dean aus 2013 und in Anlehnung an Thomas H. Marshall bereits aus 1949/1950, eine Zivilisation mit Weltstaatsbürger_innen_schaft, die in Grund-, politischen und sozialen Rechten ihren Ausdruck findet, mittels Bildung durchgesetzt und per Gesetz verfestigt wird.

Ideal Weltstaatsbürger_innen_schaft

„Citizenship requires a direct sense of community membership based on loyalty to a civilization which is a common possession.“⁷⁵
„Klassenvorurteile (...) können nicht durch Gesetz abgeschafft werden, sondern allein durch gesellschaftliche Erziehung und die Bildung einer Tradition der Unparteilichkeit. Das ist ein langsame und schwieriger Prozess, der in allen oberen Rängen der Gesellschaft einen Wandel des Meinungsklimas voraussetzt.“⁷⁶

Vorurteile nicht nur per Gesetz abschaffbar

Dieses Konzept wäre idealerweise auf die Welt oder zumindest schon einmal auf Gebiete auszudehnen, die über Nationalstaaten hinausreichen.⁷⁷ Ein solcher Fortschritt wäre nicht bloß ein zivilisatorischer und sozialer. Je geringer die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist, desto geringer sind strukturelle Arbeitsmarktprobleme („mismatches“) und desto höher sind Beschäftigung und Produktivität bzw. Wohlstand im Allgemeinen. Nicht zuletzt hängt die Finanzierung des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates davon ab.

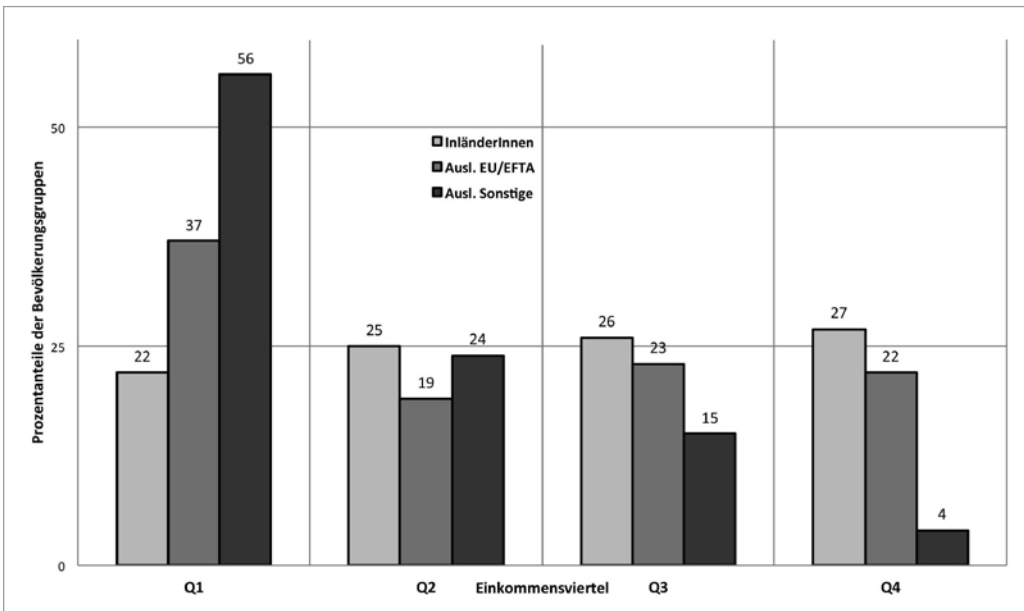
Fortschritt wäre sozial und ökonomisch

2.2. Immigration, Beschäftigung und Sozialwesen

Die reine Theorie der Anreize besagt, dass Migrant_inn_en jenes Zielland wählen, das bei Immigration die höchsten Sozialleistungen bietet. Es wird also, unbeschadet der übrigen Bestimmungsfaktoren, davon ausgegangen, dass Wanderung durch den Empfang von Transferleistungen – v.a. also den Fall von Nichtbeschäftigung – ausgerichtet sei (Stichwort „soziale Hängematte“). Allerdings gibt es dazu gegenteilige empirische Evidenz. "Destination countries' (...) welfare state regimes do not affect the unemployment risk of immigrants."⁷⁸

Wanderung in die „soziale Hängematte“?

Abbildung 2: Relative Vertretung der Bevölkerungsgruppen in den Einkommensvierteln (Quartilen), Österreich 2010, in Prozent, Q1 ist das unterste Einkommensviertel, Q4 das oberste



Quelle: www.statistik.at, EU-SILC 2011 (28.2.2013)

Diskriminierung in der Beschäftigung und somit im Verdienst

Gleichwohl schlägt sich die Diskriminierung in der Beschäftigung schließlich in der Einkommensstruktur nieder (Abbildung 2). Wir sehen uns das „äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen“ an; das ist jenes verfügbare Einkommen (ohne Steuern und Abgaben, aber inklusive staatlicher Transferzahlungen und privater Nettotransferzahlungen), das durch Gewichtungen den unmittelbaren Vergleich der materiellen Situation unbeschadet der Personenzu-

sammensetzung im jeweiligen Haushalt erlaubt. Die Darstellung wird anhand der Einkommensviertel („Einkommensquartile“) vorgenommen. Das erste Quartil ist nichts anderes als das erste der vier (gleich großen) Einkommensviertel; dasselbe gilt analog für das zweite, dritte und vierte Quartil des Gesamteinkommens. Wie viele Österreicher_innen, Ausländer_innen aus EU und EFTA bzw. Ausländer_innen aus den übrigen Staaten waren nun in Österreich 2010 in welchem Einkommensquartil prozentuell wie stark vertreten (überproportional mit mehr als 25 %, proportional mit 25 %, unterproportional mit unter 25 %)?

Im einkommensschwächsten Viertel (1. Quartil) waren die Ausländer_innen aus Drittstaaten (nicht EU und nicht EFTA) mit ihrem Einkommen deutlich überrepräsentiert, die Österreicher_innen mit dem ihren leicht unterrepräsentiert; die Ausländer_innen aus EU und EFTA sind offenbar die „guten“ Ausländer_innen – sie sind im niedrigsten Einkommensviertel nicht so sehr überrepräsentiert wie die „schlechten“. Zudem ist erkennbar, dass die Verleihung der Staatsbürgerschaft auf dem Arbeits- und Einkommensmarkt doch ein bisschen „adelt“ (d.h. etwas weniger Diskriminierung bewirkt), oder es zeigt der längere Aufenthalt im Inland, dass sich die Hürden mit der Zeit ein wenig besser überwinden lassen: 2 Prozentpunkte weniger im 1. Quartil, sieben mehr im 2. Quartil; die Wirkung der verliehenen Staatsbürgerschaft ist immerhin nur in der unteren Einkommenshälfte (den ersten beiden Quartilen) vorhanden.⁷⁹

*Ergebnisse nicht
schmeichelhaft*

Freilich hat die Verteilung der Arbeitslosigkeit auch einen Einfluss auf die soeben betrachtete Einkommensverteilung. Die Differenz der Arbeitslosenquote (gemäß österreichischer „Registermethode“) zwischen Ausländer_inne_n und Inländer_inne_n betrug von 1994 bis 2012 durchschnittlich 2,3 Prozentpunkte, von mindestens 1,1 bis höchstens 3,3 Prozentpunkten im Einzelnen (und mit einem Median von 2,6).⁸⁰ Das bedeutet, die Drittstaaten ausländer_innen in Österreich wollen sich gern mehr Einkommen auf dem Arbeitsmarkt verdienen (sind sie doch als arbeitslos gemeldet), können aber wegen ihrer gruppenspezifisch erhöhten Arbeitslosigkeit nicht so sehr zur Lohn- und Einkommensteuer sowie zur Sozialversicherung beitragen.

*überhöhte
Arbeitslosigkeit
und verringertes
Einkommen*

Gehen wir von einer Gesamtbetrachtung des mehrschichtigen Sozialsystems auf der Beitrags- und auf der Empfangsseite

Immigration verbessert auf längere Sicht die Staatsfinanzen

aus, ist zu erkennen, dass in den meisten Staaten der „Wohlfahrtsfestung“ EU-15 auf längere Sicht der Einfluss der Immigration auf die öffentlichen Finanzen ein positiver, lediglich in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Schweden ein negativer ist.⁸¹

Ergebnisse der AK-Studie rücken die gemeinhin vertretene Auffassung zurecht und beeindrucken

Eine Studie der AK Salzburg aus 2011 kommt zu sehr ähnlichen Ergebnissen speziell für Österreich:⁸²

- Vier von fünf Immigrant_innen kehren im Alter wieder in ihre Heimat zurück und entlasten dadurch das Gesundheits- und Pensionssystem, nachdem sie in ihrer Erwerbszeit zu dessen Finanzierung beigetragen haben (die Ausgleichszulage zur Pension kann nämlich nicht aus Österreich ins Ausland mitgenommen werden).
- Im Durchschnitt ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bei Ausländer_innen kürzer und daher die Höhe des Arbeitslosengeldes pro Kopf geringer als bei Inländer_innen.
- „Zuwandernde sind Nettozahler und -zahlerinnen für das beitragsfinanzierte Sozialversicherungssystem! Das zeigen die Daten des Sozialministeriums aus den Jahren 2008 und 2009: Während österreichische Personen 89,3 % aller Beiträge einzahlen, aber 93,8 % der eingezahlten Gelder erhalten, zahlen Personen mit Migrationshintergrund 10,7 % in das Sozialversicherungssystem ein und bekommen lediglich 6,2 % heraus (Daten 2008). In den Sozialversicherungstopf zahlen Zuwandernde laut Sozialministerium jährlich 4,2 Milliarden Euro ein, entnehmen aber nur 2,7 Milliarden: Sie zahlen also 1,5 Milliarden mehr in das Sozialsystem ein, als sie herausnehmen (Daten 2009). Auch die Krankenkasse profitiert: Von den zugewanderten Personen werden 820 Millionen Euro eingezahlt, aber nur 535 Millionen in Form von Leistungen beansprucht – das ergibt einen Überschuss von 285 Millionen Euro in der Krankenversicherung (Daten 2009).“⁸³
- Die Anspruchssituation von Ausländer_innen auf bedarfsorientierte Mindestsicherung ist in den ersten fünf Jahren ziemlich restriktiv geregelt.

Angesichts der aufgezeigten Diskriminierungen in Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Einkommen sind die vorstehenden Ergebnisse als beeindruckend anzusehen; ich selbst hätte subjektiv geschätzt, dass der Sozialtransfer netto Abgabenleistungen

in die andere Richtung, zu den Ausländer_inne_n, hinginge. Doch große Forschungsinstitute bestätigen die Nettobegünstigung der Inländer_innen im Ganzen. Ihre ökonometrischen (mathematisch-statischen, schließenden) Untersuchungen erlauben es, die Auswirkungen des bloßen Umstands, dass es sich um Ausländer_innen handelt, von den Wirkungen der anderen sozioökonomischen Einflussfaktoren zu trennen und sie so auseinanderzuhalten.⁸⁴

2.3. Fazit

Österreich profitiert aus der Einwanderung in mehrerlei Hinsicht sowie insgesamt, lassen wir einmal den Nutzenentgang der Einheimischen durch Xenophobie weg (was durchaus argumentierbar ist⁸⁵).

*Österreich
profitiert
insgesamt*

Österreich profitiert davon jedoch noch erheblich zu wenig, weil es das Wohlstandspotenzial der Immigration (inklusive des Nachzugs und dessen produktivitäts- und wohlfahrtssteigernder Wirkung) merklich nicht ausschöpft.

*Österreich
profitiert noch
zu wenig*

Daher würde ich, falls bei einer methodisch sauberen Untersuchung herauskäme, die Ausländer_innen würden aus dem Sozial- und Abgabensystem insgesamt mehr herausbekommen, als sie beitragen, das Problem und Problemlösungserfordernis primär bei der inländischen Politik und Gesellschaft verorten. Wir können Integration nicht zuletzt doch auch aus egoistischen Gründen betreiben und dadurch zugleich eine Win-Win-Lösung erzielen. Diese Rationalität sollten wir aufbringen.

*bei Problemen
Problemlösungs-
erfordernis pri-
mär bei inländi-
scher Politik und
Gesellschaft*

Stimmt „Das Boot ist voll“ oder „Das Brot ist voll“? „Das Brot ist voll“ trifft einerseits zu, weil wir – allerdings nur im Durchschnitt pro Kopf – zu den Wohlhabendsten der Welt gehören, andererseits aber insofern nicht, als wir mittels der Migration etwas noch Besseres erreichen könnten. „Das Boot ist voll“ stimmt sicherlich nicht, zumal wir sonst massive demografische, ökonomische und soziale Probleme hätten.

*wir sind im
Durchschnitt
relativ reich,
können uns aber
integrationspoli-
tisch verbessern*

Schließlich schadet es auch nicht, ein wenig über den Tellerrand zu schauen und für unmittelbares soziales Erfahrungslernen offen zu sein. Wenn schon Europa nicht recht zusammenwächst, sollten und können wir das im Kleinen, im Rahmen unserer eige-

*geistige Offen-
heit schadet
nicht und kann
nutzen*

nen Gebietskörperschaften erreichen. Es muss nicht immer nur Kanada sein, das für seine kombinierte Asyl-, Immigrations- und Integrationspolitik als Markierung dient, weil dort auf Probleme politisch sensibler reagiert werde.⁸⁶ Doch es gibt keine (volkswirtschaftliche) Rendite ohne (gesellschaftliche) Investition.

auf die politische Gestaltung kommt es an

Die Sache verhält sich bei der Immigration im Speziellen so wie bei der Globalisierung im Allgemeinen und auch wie bei der Verteilung und Beschäftigung: Suboptimale wirtschaftspolitische Ausgestaltung geht zu unseren Lasten und derer anderer; wir stehen uns und anderen im Weg – weil wir es offenbar wollen und nicht offen sind für andere(s).

Integration ist ein gemeinsames Gut: auf der Aufwands- wie auf der Ertragsseite.⁸⁷ Wie lange können wir uns den Luxus der Diskriminierung wirtschaftlich noch leisten?

Anmerkungen

1. Zweig, S., Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Stockholm 1942, 34. Aufl., Frankfurt a.M. 2003, Fischer-Taschenbuchverlag
2. Rothschild, K.W., Die politischen Visionen grosser Ökonomen, Bern – Göttingen 2004
3. Rothschild, K.W., European Integration and Economic Methodology and Research, In: Atlantic Economic Journal, Heft 3/1999, S. 243-253
4. Rothschild, K.W., Gegen das Dogma der Freihandelsideologie, in: Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.), Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus, Wien 1997, S. 119-132
5. Eurostat, Regionales BIP pro Einwohner, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>, 15.9.2011
6. BEIGEWUM (Hg.), Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen, Hamburg 2005, S. 43
7. Staritz, C., Felber, C., Vorwort, in: Attac Österreich (Hg.), Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO-GATS-TRIPS-MAI, Wien 2004
8. Davidson, G., Davidson P., Economics for a civilized society, 2nd ed., Armonk (NY) 1996, S. 215
9. Bartel, R., Liberalisierung und Globalisierung: Grundlagen und Kritik, in: Klug, F., Fellmann, I. (Hg.), Schwarzbuch Neoliberalismus und Globalisierung, Linz 2006, S. 23-54
Bartel, R., Zur ökonomischen Sicht von Gleichheit, in: momentum QUARTERLY. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Heft 1/2012, S. 70 ff.
10. Bartel, R., Kepplinger, H., Pointner, J., Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik, Wien 2006, S. 186 ff.
11. Davidson, P., International Money and the Real World, London 1982
12. Huffschnid, J., Auch Industrieländer brauchen regulierte Kapitalmärkte, in: WSI-Mitteilungen Heft12/2006, S. 690-697
13. Keynes, J.M., The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, London – New York 1973, S. 158 ff.
14. Michalitsch, G., Neoliberalismus: Ringen um Hegemonie, in: Kollmann, K., Schmutzer, M.E.A. (Hg.), Mächte des Marktes, Wien 2007, S. 64 ff.
15. Schulmeister, S., Neoliberalismus, Finanzkapitalismus und die Krise des Eu-

- ropäischen Sozialmodells, in: WISO, Heft 1/2007, S. 73-110
16. Galbraith, J.K., Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs: Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft, Berlin 2005
 17. DiMucci, D., Maresca, E., The Wanderer, lyrics, New York 1961
 18. Bartel, R., Zur ökonomischen Sicht von Gleichheit, a.a.O., S. 62 f., 64 f.
 19. Bartel, R., Wie politisch ist die Ökonomie? Wie ist die Ökonomie politisch? Skriptum für den Kurs „Politische Ökonomie“, Johannes Kepler Universität Linz 2013
 20. Kahneman, D., Interview, in: Schrage, M. (Interviewer), Interview mit dem Thought Leader, in: best of. Das Fondsmagazin der Sparkasse OÖ, 2004, S. 18-22
 - Dunham, Y., Chen, E.E., Banaji, M.R., Two Signatures of Implicit Intergroup Attitudes. Developmental Invariance and Early Enculturation, in: Psychological Science, published before print 2013
 21. Krishnamurti, J., Einbruch in die Freiheit, Frankfurt a.M. – Berlin – Wien 1973: 52 f.
 22. Becker, G.S., The Economics of Discrimination, 2nd ed., Chicago 1971
 23. Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte befürworten signifikant wahrscheinlicher eine restriktive Immigrationspolitik. Scheve, K.F., Slaughter, M.J., Labor Market Competition and Individual Preferences over Immigration Policy, in: Review of Economics and Statistics, Heft 1/2001, S. 133-145.
 - Dort, wo die Arbeitslosigkeit unter Inländer_inne_n hoch ist, ist auch die Arbeitslosigkeit unter Immigrant_inn_en besonders hoch. Fleischmann, F., Dronkers, J., Unemployment among immigrants in European labour markets: an analysis of origin and destination effects, in: Work, employment and society, Heft 2/2010, S. 337
 24. Engel, A., Gefeierte Vielfalt. Umstrittene Heterogenität. Befriedete Provokation, in: Bartel, R. u.a. (Hg_innen), Heteronormativität und Homosexualitäten, Wien – Innsbruck – Bozen 2008, S. 57 ff.
 25. Stark, O., Distressing Integration, Vortrag am WIFO, 6. 12. 2012, abstract
 26. Misik, R., „Verräter“ können „flexibel“ sein, in: www.derStandard.at, 20.9.2005
 27. Bedorf, T., Andere. Einführung in die Sozialphilosophie, Bielefeld 2011
 28. Lewis, J., The End of Marriage: Individualism and Intimate Relations, Cheltenham (UK) – Northampton (MA) 2001
 29. Zur Antidiskriminierung vgl. Weichselbaumer, D., Winter-Ebmer, R., The Effects of Competition and Equal Treatment Laws on the Gender Wage Differential, in: Economic Policy, Heft 1/2007, S. 235-287
 30. Card, D., Dustmann, C., Preston, I., Immigration, Wages, and Compositional Amenities, in: NORFACE MIGRATION Discussion Papers, Heft 13/2012, [http://www.norface-migration.org/publ_up loads/NDP_13_12.pdf](http://www.norface-migration.org/publ_uploads/NDP_13_12.pdf) (10.4.2013)
 31. Ulram, P.A., Integration in Österreich, Einstellungen, Orientierungen und Erfahrungen von MigrantInnen und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung, Studie der GfK Austria, Wien 2009, S. 4 f.
 32. Vgl. z.B. Goux, D., Maurin, E., Close Neighbours Matter: Neighbourhood Effects on Early Performance at School, in: The Economic Journal, Heft 523/2007, S. 1193-1215
 33. Ottaviano, G., Peri, G., New Frontiers of Immigration Research: Cities and Firms, in: Journal of Regional Science, Heft 1/2013, S. 1-7
 34. Weichselbaumer, D., Sexual Orientation Discrimination in Hiring, in: Labour Economics Heft 6/2003, S. 629-642
 35. Dauderstädt, M., Kelttek, C., Immeasurable Inequality in the European Union, in: Intereconomics, Heft 1/2011, S. 44-51
 - Halak, J., Europa, quo vadis? Kosten, Nutzen und Perspektiven der Europäischen Währungsunion (EWU) unter besonderer Berücksichtigung der Theorie optimaler Währungsräume, Diplomarbeit an der Johannes Kepler Universität, Linz 2012
 36. de Haas, H., Rodríguez, F., Mobility and Human Development: Introduction, in: Journal of Human Development and Capabilities, Heft 2/2010, S. 177-184
 - Pellerin, H., Mullings, B., The "Diaspora option", migration and the changing

- political economy of development, in: Review of International Political Economy, Heft 1/2013, S. 89-120
- Mayr, K., Peri, G., Brain Drain and Brain Return: Theory and Application to Eastern-Western Europe, in: The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy, Heft 1/2009, Artikel 49
37. Horn, G., Dröge, K., Sturn, S., van Treeck, T., Zwiener, R., Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III): Die Rolle der Ungleichheit, IMK Report, 41
 38. Köhler, K., Die Glaubwürdigkeit der Freiheit. Berliner Rede 2009, 24. März 2009, http://files.globalmarshallplan.org/pr/koe_903.pdf (10.4.2013), S. 2, 5
 39. Hodson, G., Busseri, M.A., 2012: Bright Minds and Dark Attitudes, in: Psychological Science, Heft 2/2012, 187
 40. Statistik Austria (Hg.in), Migration & Integration. Zahlen, Daten, Indikatoren 2012, Wien 2012, S. 31
 41. Statistik Austria (Hg.in), Statistisches Jahrbuch Österreichs 2013, Wien 2013, S. 41, 53, 104
 42. „Im Hinblick auf Fakten und Zahlen rangiert Österreich unter den EU-Mitgliedsstaaten mit einem besonders hohen Anteil an MigrantInnen in seiner Erwerbsbevölkerung. 2009 waren 10,6 % aller Erwerbstätigen ausländische StaatsbürgerInnen und annähernd 20 % waren im Ausland geboren.“ Biffi, G., Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Migration in Österreich, Wien 2011, S. 12
 43. Statistik Austria (Hg.in), 2030 erreicht Österreichs Bevölkerung die 9-Millionen-Marke, ein Viertel davon wird 65+ sein, Pressemitteilung Nr. 10.361-214/12, 9. 10. 2012, www.statistik.at/web_de/presse/067546 (10.4.2013)
 44. Bartel, R., Staat versus privat, Stadt-versus-Land-Spiel und Politik für den Raum, in: Klug, F. (Hg.), Daseinsvorsorge durch Re-Kommunalisierung, Linz 2011, S. 118
 45. Statistik Austria (Hg.in), Migration & Integration, ..., a.a.O., S. 49. DerStandard.at, 27.4.2011, 11:48
 46. Stadlmayr, M., Arbeitsmarktintegration und Dequalifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund, Kurzfassung der Dissertation, Linz 2012 http://www.ibe.co.at/fileadmin/AblageBox/TEAM/Stadlmayr/Kurzfassung_Diss_Stadlmayr.pdf (15.4.2013), S. 8, 9
 47. Relativ geringe Kriminalität: Vgl. Haug, S., Babka von Gostomski, C., Baraulina, T., Rühl, S., Wolf, M., Kriminalität von Aussiedlern – eine Bestandsaufnahme, in: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper 12/2008; Bell, B., Machin, S., Immigrant Enclaves and Crime, in: Journal of Regional Science, Heft 1/2013, S. 118-141
Relativ hohe Kriminalität: Statistik Austria (Hg.in), Migration & Integration, ..., a.a.O., S. 72 f.
 48. Stark, O., Distressing Integration, a.a.O., abstract
 49. Rawls, J., Gerechtigkeit als Fairneß: politisch nicht metaphysisch, in: Honneth, A. (Hg.), Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt – New York 1995, S. 36-67
 50. Buhse, M., Die besten Waffen gegen Rechtsradikale, in: Handelsblatt.com, 16. 8. 2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/wissenswert/wissenswert-die-besten-waffen-gegen-rechtsradikale/6966248.html> (10.4.2013)
 51. Hainmueller, J., Hiscox, M.J., Educated Preferences: Explaining Attitudes Toward Immigration in Europe, in: International Organization, Heft 2/2007, S. 399-442
 52. Huber, P., Liberalisation of Migration and the Skill Structure of Migrants, WIIW Seminar in International Economics, Wien, 15. 4. 2010
 53. Güngör, K., Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs, Basel – Wien 2006, S. 26, 28 f., 31f., 37 ff., 43 f., 76 ff.
 54. Manning, A., Roy, S., Culture Clash or Culture Club? National Identity in Britain, in: The Economic Journal, Heft 1/2010, S. F72-F100
 55. Casey, T., Dustmann, C., Immigrants' Identity, Economic Outcomes and the

- Transmission of Identity across Generations, in: The Economic Journal, Heft 1/2010, S. F31-F51
56. Ullrich, P.A., Integration in Österreich, ... a.a.O., S. 5 f.
 57. Gehmacher, E., Sozialkapital und Nachhaltige Entwicklung, in: Österreichs Internetportal für Nachhaltige Entwicklung, Juni 2006, www.nachhaltigkeit.at/filemanager/download/38930/ (10.4.2013)
 58. Battu, H., Zenou, Y., Oppositional Identities and Employment for Ethnic Minorities: Evidence from England, in: The Economic Journal, Heft 1/2010, S. F52-F71
 59. Algan, Y., Dustmann, C., Gitz, A., Manning, A., The Economic Situation of First and Second-Generation Immigrants in France, Germany and the United Kingdom, in: The Economic Journal, Heft 1/2010, S. F4-F30
 60. Scheve, K.F., Slaughter, M.J., Labor Market ..., a.a.O., S. 133-145. Vgl. auch www.care2.com
 61. Mayr, K., Böheim, R., Prean, N., Labor market effects of preferences on immigration, Institut für Volkswirtschaftslehre, JKU Linz, Lunch Time Seminar, 10. 8. 2010, abstract
 62. Eichhorst, W., Giulietti, C., Guzi, M., Kendzia, M.J., Monti, P., Frattini, T., Huber, P., Nowotny, K., Vandeweghe, B., The Integration of Migrants and its Effects on the Labour Market, Wien 2011, S. 74 ff., 103 ff.
 63. Ullrich, P.A., Integration in Österreich, ..., a.a.O., S. 7 f.
 64. Stajic, O., Diskriminierung muss endlich bekämpft werden, in: *derStandard.at*, 25.11.2011
 65. Arbeitsmarktservice, zit. n. John, G., Neue Wege gegen Arbeitslosigkeit bei Migranten, in: *derStandard.at*, 27. 10. 2011, <http://images.derstandard.at/2011/10/27/1319202184586.jpg> (10.4.2013)
 66. Statistik Austria (Hg.in), *Arbeitskräfteerhebung 2011. Ergebnisse des Mikrozensus*, Wien 2012, S. 41
 67. Gächter, A., Kopflose Integrationsdebatte, in: *Der Standard*, 7./8. 1. 2006, S. 30. „Drittstaatsangehörige machen einen überdurchschnittlich großen Anteil an niedrigqualifizierten Erwerbstätigen aus. Im Verlauf der letzten fünf Jahre ist jedoch die durchschnittliche Qualifikation von Erwerbstätigen mit einer EU-Staatsangehörigkeit gesunken, während bei Drittstaatsangehörigen das Gegenteil der Fall ist.“ Biffel, G., *Deckung des Arbeitskräftebedarfs ...*, a.a.O., S. 12
 68. Stadlmayr, M., *Arbeitsmarktintegration und Dequalifizierung ...*, a.a.O., S. 10, 11
 69. Statistik Austria (Hg.in), *Migration & Integration*, a.a.O., S. 15
 70. Karl-Trummer, U., Sardavar, S., Why Do Migrant Populations Display Different Health Statuses? The Interplay of Health, Migrant Status and Socio-Economic Status in Austria, WIFO-extern-Vortrag, 5.12.2011, abstract
 71. Hatzigeorgiu, A., Migration as Trade Facilitation, in: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*, Heft 1/2010, Artikel 24
 72. Statistik Austria (Hg.in), *Statistisches Jahrbuch Österreichs 2013*, Wien 2013, S. 217
 73. Gächter, A., Kopflose Integrationsdebatte, a.a.O., S. 30
 74. John, G., Klassenkampf als Lachnummer, in: *Der Standard*, 9.10.2011, S. 7
 75. Marshall, T.H., Citizenship and Social Class, in: Manza, J., Sauder, M. (Hg.), *Inequality and Society*, New York 2009, 148-154
 76. Marshall, T.H., Staatsbürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, in: Honneth, A., Joas, H., Offe, C., *Theorie und Gesellschaft*, Bd. 22, S. 58
 77. Statistik Austria (Hg.in), *Tabellenband EU_SILC 2011, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen*, Wien 2012 (28.2.2013), Tab. 1.3a
 „Circa 60% der jährlichen Nettomigration stammen aus den EU-27. Der Rest entfällt auf Familienzusammenführungen und Aufnahmen von Drittstaatsangehörigen aus humanitären Gründen zusammen mit geringfügiger Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus Drittstaaten.“ Biffel, G., *Deckung des Arbeits-*

- kräftebedarfs ..., a.a.O., S. 11. Die Daten beziehen sich auf 2004-2009.
78. StatistikAustria (Hg.in), Arbeitslose (nationale Definition), https://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_nationale_definition/index.html (15.4.2013)
79. Eichhorst, W. u.a., The Integration of Migrants ..., a.a.O., S. 81 ff.
80. AK Salzburg (Hg.in), Zuwanderung, Sozialstaat und Arbeitsmarkt, http://www.ak-salzburg.at/bilder/d_157/ZuwanderungSozialArbeitsmarkt2011.pdf (15.4.2013), Salzburg 2011, S. 10 ff.
81. AK Salzburg (Hg.in), Zuwanderung, ..., a.a.O., S. 11
82. „Based on the existing evidence we conclude that there is not a priori evidence that migration would pose a burden on welfare systems. In our empirical analysis we use European Union-wide comparable micro-data (EU-SILC), a purpose-made macro-level dataset, country-specific studies and an own purpose-made Expert Opinion Survey.
Descriptive analysis of EU-SILC data shows that migrants are more likely to be in receipt of unemployment-related supports and family-related payments in a wide range of countries. However, they are less likely to receive old-age payments and sickness and disability payments. The most clear-cut result is the greater likelihood of migrants being in poverty.
We then take account of migrant-native differences in characteristics such as age, education and family composition through the use of regression analysis. The regressions generate a general pattern of lower rates of receipt among migrants relative to comparable natives. Even for supports based on unemployment, sickness and disability, we find that out of the 19 countries examined, rates of receipt for non-EU migrants are statistically higher in just 7 and none if we consider only the unemployed.” IZA, ESRI, Study on Active Inclusion of Migrants. Final Report, Bonn – Dublin 2011, http://www.eufis.eu/fileadmin/Dokumente/EU-Politik/Studie_zur_aktiven_Integration_von_Migranten.pdf (15.4.2013), S. vi
83. Pure Intoleranz sei nicht zu tolerieren. Vgl. Lewis, J., The End of Marriage, ..., a.a.O.
84. Grady, P., Is Canadian immigration too high? A labor market and productivity perspective, in: Grubel, H. (Hg.), The Effects of Mass Immigration on Canadian Living Standards, Vancouver 2009, S. 73-96
85. Burtscher, S., Zuwandern_aufsteigen_dazugehören. Etablierungsprozesse von Eingewanderten, Innsbruck 2009